



Landeshauptstadt
München
Sozialreferat
**Referat für Stadtplanung
und Bauordnung**

Dokumentation zum Fachtag

**„Wohnen und Leben im Alter im Quartier
Projektbeispiele, Lösungsansätze“**

am 19.09.2006 in München



Tagungsorganisation
Urbanes Wohnen e.V.

Einführung

Der Fachtag „Wohnen und Leben im Alter im Quartier – Projektbeispiele, Lösungsansätze“, der vom Sozialreferat und dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung veranstaltet wurde, ist der zweite Fachtag einer Reihe von insgesamt vier Fachtagen, die sich mit Voraussetzung zum Leben und Wohnen im Alter und unterschiedlichen Angebotsformen auseinander setzen.

Ziel dieses Fachtages war es, einen Überblick über die Bausteine und Konzepte zu geben, die die Grundlage dafür bilden, dass insbesondere ältere Menschen so lange wie möglich in der eigenen Wohnung und im vertrauten Quartier leben und dort, je nach Bedarf – auch im höheren Alter - versorgt werden können.

Neben drei Einführungsreferaten wurden in drei Workshops unterschiedliche Themen aufgegriffen, die sich mit folgenden Fragen auseinandersetzten:

- **Workshop 1:** Welche Trägerschaften, Organisationsformen, Finanzierungsmöglichkeiten gibt es, um nachbarschaftliche Infrastruktur im Quartier zu schaffen?
- **Workshop 2:** Welche Konzepte gibt es bereits, die Wohn- und soziale Betreuungskonzepte im Bestand oder Neubau verknüpfen?
- **Workshop 3:** Wie können soziale Netzwerke im Quartier organisiert werden und welche Voraussetzungen müssen für eine dauerhafte Struktur vorhanden sein?

Referent/innen aus Bochum, Dortmund, Kassel, Riedlingen und München brachten Ihre Erfahrungen ein, stellten Projekte vor und diskutierten mit den Teilnehmer/innen Lösungsansätze für München.

Referent/innen des Fachtags waren:

- Joachim Boll, startklar GmbH, Dortmund
- Friedemann Distler, Vorstand, Wohnungsgenossenschaft München West
- Anja Huber, Quartierbezogene Bewohnerarbeit, Landeshauptstadt München, Sozialreferat
- Klaus Illigmann, Dipl.-Geograph, Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung
- Verena Lindacher Sozialpädagogin, Verein Generationengerechtes Wohnen, Wohnungsgenossenschaft München West
- Josef Martin, Senioren-genossenschaft Riedlingen
- Sabine Matzke, Architektin, WohnBund-Beratung NRW, Bochum
- Karin Stemmer, Leiterin Bestandsmanagement, Vereinigte Wohnstätten 1889 e.G. Kassel
- David Stoll, Diplom Sozialgerontologe, Landeshauptstadt München, Sozialreferat
- Robert Zengler, Leiter der Abteilung Bauvorbereitung, GEWOFAG München

Die Ergebnisse des Fachtages sind in dieser Tagungsdokumentation zusammengefasst. Ergänzende Unterlagen finden Interessierte auf der homepage www.urbanes-wohnen.de/fachtag zum Herunterladen.

Begrüßung

Friedrich Graffe, Sozialreferent der Landeshauptstadt München

In seiner Begrüßung hob Herr Graffe hervor, dass der überwiegende Teil der älteren Menschen einen engen Bezug zur Wohnung und zum Stadtviertel hätten und diesen gerade im Alter bewahren möchten. Die Stadt sehe sich in der Verantwortung, diesen Wunsch nach Selbstständigkeit und Autonomie zu respektieren und entsprechende Konzepte zu entwickeln und zu realisieren.

Insbesondere begrüßte er die Vertreter/innen der Wohnungswirtschaft, auf deren Unterstützung die Stadt besonders angewiesen sei, wenn es um die Entwicklung von Quartierskonzepten gehe.

Seine persönliche politische Zielsetzung sei es, das Stadtviertel zum Zentrum der sozialen Arbeit zu machen. Beispiele für dezentral ausgerichtete Strukturen seien die Alten- und Service-Zentren, die mit der neuen Konzeption verstärkt das Wohnen zu Hause - auch im fortgeschrittenen Alter - stützen sollen. Weitere dezentrale Einrichtungen seien die Sozialbürgerhäuser und die bisher sechs Fachstellen für häusliche Versorgung, die in naher Zukunft auf 13 ausgedehnt werden. Mit Hilfe von REGSAM (Regionale Netzwerke für soziale Arbeit in München) sei es ferner gelungen, die freien Träger mit einzubinden und eine Struktur zu schaffen, die alle Dienste im Viertel vernetze und auch das bürgerschaftliche Engagement zusammenführe.

Herr Graffe ging auf die aktuelle Diskussion um Zuständigkeiten bei der Pflege ein. Er hob hervor, dass es nicht funktionieren könne, wenn die ambulante Versorgung aus dem kommunalen Verantwortungsbereich in die Zuständigkeit des Bezirks überführt werde. Im Namen aller bayerischen Städte forderte er, dass zwar die Verantwortlichkeit für die ambulante und stationäre Pflege zusammengeführt werden müsse, dies könne jedoch nicht auf Bezirksebene geschehen, sondern nur auf kommunaler Ebene. Denn dort ließen sich die Bedürfnisse der Menschen in das kommunale Versorgungsnetz einbinden und das bürgerschaftliche Engagement könne ergänzend wirken. Nur dann könne auch dem demografischen Wandel jenseits von institutionellen Einrichtungen Rechnung getragen werden.

In diesem Fachtag gehe es vor allem darum, die Kleinteiligkeit und die Eigeninitiative in den Mittelpunkt zu rücken und sich damit zu befassen, welche innovativen und bewährten Ansätze und Wege es bereits in München und anderen Städten gibt, damit ältere Menschen - auch ergänzt um bürgerschaftliches Engagement - möglichst lange im vertrauten Quartier wohnen und leben könnten.

Bausteine für das Wohnen im Quartier

Sabine Matzke, Architektin, Wohnbund-Beratung NRW Bochum

In gewohnter Umgebung – im Quartier wohnen bleiben können ist für die Zukunft ein zentrales Thema. Die wesentlichen ineinander greifenden Bausteine für eine kleinräumige, altengerechte Quartiersentwicklung wurden wie folgt dargestellt:

Wohnung

Die Schaffung bzw. (Weiter)-entwicklung von unterschiedlichsten Wohnangeboten im Quartier:

- Altengerechtes Wohnen in normalen Wohnungen (barrierefreie Wohnungen, individuelle/strukturelle Wohnungsanpassung, Wohnberatung)
- Altengerechtes Wohnen im normalen Wohnungsbestand mit Service (Wohnen mit Versorgungssicherheit, Betreutes Wohnen, Betreutes Wohnen im Bestand)
- Ergänzung des Bestandes mit barrierefreien Wohngebäuden
- Gemeinschaftliche Wohnformen im normalen Wohnungsbestand (Hausgemeinschaft, Integriertes Wohnen, Mehrgenerationenwohnen, Siedlungsgemeinschaft, gemeinschaftliches Wohnen im Quartier)
- Betreute Wohngruppen (stationär betreute Wohngruppe (KDA Hausgemeinschaft), ambulant betreute Wohngruppe, Gruppenwohnung).

Zukünftig wird der Bedarf des Wohnens mit der Option auf Dienstleistungsangebote zunehmen. Viele Wohnungsunternehmen beschäftigen sich deshalb mit dem Thema Wohnen im Alter. Denn für die unternehmerische Wohnungswirtschaft können Wohn- und Dienstleistungs- bzw. Betreuungsangebote einen Beitrag leisten, die langfristige Vermietbarkeit ihrer Wohnungen zu sichern. Für die Quartiersentwicklung bedeutet es, die Attraktivität des Standortes zu steigern.

Wohnumfeld

Schaffung barrierefreier Wege (für Rollstühle, Rollatoren) und sicherer Wege (Ampelschaltung, Straßenüberquerungen etc.)

Kommunikationsförderndes Wohnumfeld (z.B. altersgerechte Sitzgelegenheiten, die etwas höher sind als normale Bänke und Platz für Gehwägen bieten).

Die Menschen im Quartier müssen in die Planung mit einbezogen werden. Insbesondere mit älteren Menschen sind Begehungen des Quartiers vorzunehmen, um deren Bedürfnisse kennen zu lernen und Barrieren zu identifizieren.

Infrastruktur

Systematische Erfassung der gesamten Infrastruktur im Viertel. Wege müssen gefunden werden, wie die bereits bestehenden Angebote erhalten bzw. ausgebaut und neue Angebote aufgebaut werden können. Die Angebote sollten idealerweise in einem Radius von 500 m von der Wohnung liegen, um die fußläufige Erreichbarkeit zu sichern.

Überprüfung und Verbesserung der Gebrauchsfähigkeit und der Zugänglichkeit der vorhandenen Infrastruktur (z.B. altengerechte Wegführung, Erreichbarkeit, wie z.B. Anbringen einer erreichbaren Klingel vor Geschäften, die nicht barrierefrei zugänglich sind, etc.).

Nachbarschaft

Da sich Nachbarschaften immer wieder verändern, müssen Konzept zur Förderung der Nachbarschaft und Integration entwickelt werden.

Möglichkeiten hierzu sind: Belegungsmanagement, Schaffung von Gemeinschaftsräumen, Förderung der Kommunikation und Geselligkeit, Integration von gemeinschaftlichem Wohnen im Quartier (z.B. die Stadt Köln fördert in jedem Stadtviertel ein gemeinschaftsorientiertes Wohnprojekt).

Freizeit Kommunikation /

Der Aktivitätsgrad ist abhängig von der Lebenslage und Mobilität, Angebote zum Treffen, für Geselligkeit und für Freizeit schaffen, die gut zu erreichen sind und Angebote für Alt und Jung bereithalten. Konzepte für niederschwellige Zugänge erarbeiten.

Alltagshilfen

Angebot eines breiten Spektrums an Hilfeleistungen und punktuellen Hilfsangeboten für unterschiedliche Einkommensstrukturen, z.B. durch Aufbau eines Netzwerkes von professionellen, semiprofessionellen und ehrenamtlichen Angeboten, Ansprechperson des Vertrauens vor Ort und zugehende Beratung. Koordination und Vernetzung der Angebote (z.B. alle Anbieter eines Viertels (Friseur, Schneiderin, Apotheke, etc. schließen sich in einem Netzwerk zusammen. Jeder kann Auskunft über jeder geben bzw. verweisen).

Pflegeleistungen

Einbindung stationärer Einrichtungen in das Quartier. Abgestuftes System für Pflegeleistungen (ambulante, teilstationäre und vollstationäre Angebote und entsprechende Wohnangebote wie Pflege- bzw. Gruppenwohnungen).

Beispiel: Wohnanlage Neusser Bauverein: Integration einer Pflegewohnung für 9 Pflegebedürftige in einer normalen Wohnanlage. mit dort ansässigem Pflegedienst und Gemeinschaftshaus mit Angeboten für Jung und Alt, Mittagstisch, etc.).

Beratung/Information

Wohnformen und ihre Inhalte sind nicht ausreichend bekannt. Informationsarbeit fehlt.

Erfassung aller Angebote im Stadtteil und Erstellung einer Art „Seniorenführer“. Errichtung eines Service-Büros für Hilfestellungen zu allen Fragen des Alltags mit aufsuchender Beratung. Einsatz einer Projektkoordinatorin/eines Projektkoordinators vor Ort als Anlaufstelle, Drehscheibe für Bedarfe und Angebote und als Initiator/-in für Projekte.

Bewährte Schritte bei der Entwicklung von Quartierskonzepten:

- kleinräumige Bedarfsanalyse
- Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für den Stadtteil
- kooperative Zusammenarbeit /Vernetzung aller Akteure
- Projektkoordinatorin/-entwicklerin vor Ort.

Wohnungsnah Versorgungsstrukturen in Münchner Quartieren aus stadtplanerischer Sicht¹

Klaus Illigmann, Dipl. Geograph, München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Demografischer Wandel

Der demografische Wandel verläuft in München – im Vergleich zur gesamtdeutschen Betrachtung etwas anders. Die Bevölkerung Münchens wird bis 2020 noch um 6-8% wachsen. Der Anteil der jüngeren und älteren Menschen an der Münchner Bevölkerung wird sich, im Vergleich zu heute, nicht wesentlich ändern. Eine besondere Herausforderung werden die älter werdenden Migrant/innen darstellen, die eine andere Sozialisation in Bezug auf Familienverband, Geschlechterverhältnisse etc. haben.

Aktivitäten der Stadtentwicklungsplanung in Bezug auf Wohnen und Leben im Alter

- Etablierung einer referatsübergreifenden Arbeitsgruppe zum demografischen Wandel, um den Stadtrat Handlungsempfehlungen geben zu können.
- Kartierung der Seniorendichte nach Stadtviertel – als Grundlage für einen Handlungsansatz
- Bürgerbefragungen in 4-5-jährigem Rhythmus ermittelt Zufriedenheiten und Bedarfe. Diese Befragung gibt Hinweise, wo Entwicklungen notwendig sind.
- Ermittlung der wohnungsnahen Versorgungsstrukturen in Münchner Quartieren durch die Nahversorgungsuntersuchung (2004). Ermittelt werden z.B.
 - die Bindungsquote, die zeigt, wie viel Kaufkraft tatsächlich in einem Gebiet gebunden ist.
 - Verkaufsflächen und Betriebstypen. Die durchschnittliche Verkaufsfläche/Einwohner liegt in München bei 0,25 qm. Es gibt jedoch Bereiche, die unterdurchschnittlich versorgt sind (z.B. Schwanthaler Höhe, Milbertshofen, Giesing, Harlaching). Andere Stadtteile wie z.B. Moosach, Schwabing/Freimann, Thalkirchen/Obersendling) weisen dagegen eine überdurchschnittliche Versorgung auf.
Diese Nahversorgungsuntersuchung zeigt auf, wo es faktisch Versorgungslücken gibt, wo Projekte laufen und wo das Planungsreferat Projekte anstoßen kann. Allerdings stellt sich die Schaffung einer fußläufig erreichbaren Infrastruktur, die gerade für ältere Menschen immer wichtiger wird, als schwierig heraus, denn der Trend geht dahin, dass kleinere Läden schließen und größere Einkaufsmärkte zunehmen.
 - Teilnahme an Studien, wie z.B. der Sinus Sociovision Untersuchung.

Herr Illigmann stellte einige Ergebnisse der Sinus Sociovision Studie dar, die vom vhw - Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e. V. durchgeführt wurde und die gesamtdeutsche Situation in Bezug auf Wertewandel, Milieulandschaften und Konsumneigung untersuchte.

¹ Die Power-Point-Präsentation von Herrn Illigmann ist zum Herunterladen eingestellt unter www.urbanes-wohnen.de/fachtag

Wertewandel: Seit den 1960er Jahren ist ein Rückgang von Pflicht- und Akzeptanzwerten zu verzeichnen.

Milieulandschaften: Die Milieustruktur ist insbesondere bei jungen Alten besonders vielschichtig und deutet auf eine starke Differenzierung von Einstellungen und Verhalten hin.

Konsumneigung: Junge Alte stehen finanziell häufig besser da als die Altersgruppen der 40-49-Jährigen und zeigen dies in einer höheren Konsumneigung.

Je nach Einstellung und Verhaltensweise werden folgende so genannte „Body & Mind-Typen“ unterschieden:

„Old Ager“

- Charakteristik: Traditionelle Werte, Cooconing, Heimatnostalgie, Orientierungsverlust, Wohlstandschauvinismus, geringe Ausgabenbereitschaft, hohe Verbundenheit mit Wohnung und Wohnumfeld, hohes Sicherheitsbedürfnis.
- Umzugstreiber: Ausländer, Verschlechterung der Nachbarschaft, Infrastruktur
- Bevorzugter Wohnungstyp im Rentenalter: Seniorenwohnanlage
--> Abnahme dieses Typus

„Best Ager“

- Charakteristik: Selbstbewusstsein als erfolgreiche Elite, Individualität, Selbstverwirklichung und Autonomie, Kennerschaft, Stilgefühl, Weltoffenheit, Flexibilität, hohe Ausgabenbereitschaft, hohe Verbundenheit mit Wohnung und Wohnumfeld, mittleres Sicherheitsbedürfnis.
- Umzugstreiber: Verwahrlosung, Verschlechterung der Nachbarschaft, Verkehrsbelastung
- Bevorzugter Wohnungstyp im Rentenalter: privat und individuell
--> Zunahme dieses Typus

„Old Kids“

- Charakteristik: Suche nach Abwechslung und Unterhaltung, Gleichzeitige Demonstration von Mithalten können, Konsum-Hedonismus mit wenig Geld, Suche nach Thrill, Loser-Gefühle. Geringe Ausgabenbereitschaft, geringe Verbundenheit mit Wohnung und Wohnumfeld, geringes Sicherheitsbedürfnis
- Umzugstreiber: Preise und Infrastruktur
- Bevorzugter Wohnungstyp im Rentenalter: Senioren-Wohngemeinschaft
--> Zunahme dieses Typus

All diese Untersuchungen werden durchgeführt, um die aktuellen und zukünftigen Entwicklungen zu analysieren und Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Versorgung älterer Menschen im Quartier – dezentrale Konzepte und Strukturen und deren Vernetzung

David Stoll, Diplom Sozial-Gerontologe, Landeshauptstadt München

Zufriedenstellendes Wohnen und Leben im Alter im Quartier bedeutet neben einem grundsätzlichen Gefühl des Eingebunden- und Zuhause-seins am Wohnort, dass man alle wesentlichen Dinge des täglichen Lebens mit einem relativ geringen Aufwand in seinem näheren räumlichen Umfeld erledigen kann. So wünscht sich das nahezu jeder von uns - und danach wählen wir nicht zuletzt auch meistens unseren Wohnort aus.

Für ältere Menschen erlangen diese Dinge eine nochmals erhöhte Bedeutung, da sich der räumliche Aktionsradius im Alter verändert. Sie sind deshalb besonders auf kurze Versorgungswege angewiesen. Die Umsetzung des Wunsches nahezu aller älteren Menschen, solange wie möglich selbständig zu Hause leben zu können, setzt demnach - neben anderem - eine gute Nahversorgung mit Dienstleistungen unterschiedlichster Art voraus. Deshalb ist die Dezentralität und der Quartiersbezug ein wichtiges Merkmal eines Teiles der städtischen Altenhilfe-Strukturen.

Im Folgenden werden die Konzepte und Strukturen der Altenhilfeeinrichtungen dargestellt².

1. Ebenen des regionalen Bezugs

Die unten genannten Einrichtungsarten sind aufgrund ihres Auftrages mit einem regionalen Bezug ausgestattet und daher grundsätzlich Teil des Versorgungsangebotes für ältere Menschen im Quartier:

- die Alten- und Service-Zentren (ASZ) (Versorgungsregion: Stadtbezirk)
- die Fachstellen häusliche Versorgung in den Sozialbürgerhäusern (Versorgungsregion: Sozialregion)
- die Bezirkssozialarbeit und die Betreuungssachbearbeitung in den Sozialbürgerhäusern (Versorgungsregion: Sozialregion)
- die regional organisierten Pflegebörsen (Giesing - Harlaching, Sendling und München-West)
- viele Einrichtungen der offenen Altenhilfe (z.B. der Seniorentreff Neuhausen etc. - Versorgungsregion: z.T. kleinräumiger als Stadtbezirksebene, je nach Auftrag und Konzept)
- einige Angebotsstrukturen der Wohlfahrtsverbände (wie z.B. die nach Regionen ausgerichteten Caritas-Zentren etc.)
- das Konzept des Betreuten Wohnens zu Hause, das bislang noch als Modellprojekt läuft.

2. Ebenen mit überwiegend regionalem Bezug

Neben den vorgenannten, gibt es eine ganze Reihe von Einrichtungen, die zwar nicht unbedingt über einen konkreten regionalen Versorgungsauftrag verfügen, die

² Die Übersicht "Regionale Versorgungsstrukturen für ältere Menschen in München" ist beim Sozialreferat München erhältlich. Die Anschrift befindet sich am Ende der Dokumentation.

jedoch aufgrund ihres Standorts im Quartier sinnvollerweise auch in einen regionalen Versorgungsbezug gestellt werden sollten. Hierbei handelt es sich vor allem um:

- Hauswirtschaftsdienste, Ambulante Pflegedienste
- Tagespflege
- Ambulant betreute Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige
- Kurzzeitpflege
- Einrichtungen des Wohnens im Alter (Altenwohnanlagen, Betreutes Wohnen, Altenwohnheime, Altenheime, Stifte und Residenzen)
- Vollstationäre Pflege

3. Einrichtungen mit überregionalem Bezug

Schließlich gibt es noch einige Angebote, die aufgrund ihres Auftrages oder ihrer fachlichen Ausrichtung keinen unmittelbaren regionalen Bezug aufweisen und Anlaufstellen für Bürger/innen aus dem gesamten Stadtgebiet (z.T. auch darüber hinaus) sind:

- Einrichtungen der offenen Altenhilfe mit spezifischem fachlichen Auftrag (z.B. die Alzheimer Gesellschaft München e.V., etc.)
- Beratungsstellen für ältere Menschen und Beratungsstelle Wohnen (mit Ausnahme der Beratungsstelle des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) und von DAHOAM e.V.)
- Angehörigenberatung im „Bayerischen Netzwerk Pflege“
- Die Beratungsstelle Wohnen des Vereins Stadtteilarbeit e.V.
- Die zentrale Münchner Pflegebörse

Vernetzung dieser Versorgungsstruktur

Ein bloßes Nebeneinander dieser Angebote würde für die Menschen nur beschränkte Wirkung entfachen, da zum Teil fachlich ineinander greifende Dienstleistungen angeboten werden, die u.a. sinnvollerweise miteinander verknüpft werden sollten. Daher besteht auch das Ziel einer möglichst effektiven Vernetzung der Angebotsstruktur der Altenhilfe in der Stadt.

Nicht zuletzt kann Vernetzung auch dazu beitragen, dass die sich Erbringung sozialer Dienstleistungen (z.B. die Vermittlung von Hilfsangeboten für Pflegebedürftige) leichter auf einem gemeinsamen fachlichen Stand bringen lässt (Standards).

Hierzu tragen in den Regionen in München im Bereich der Altenhilfe vor allem folgende Instrumente und Strukturen bei:

- Zwischen den drei erstgenannten Angeboten mit eindeutigem regionalen Auftrag (Alten- und Service-Zentren, Fachstellen häusliche Versorgung und Bezirkssozialarbeit) wurde eine Kooperationsvereinbarung erarbeitet, die die wechselseitige Zuständigkeit, die Zusammenarbeit und ggf. notwendige Abstimmung in der Fallbearbeitung regelt. Für den Bürger/die Bürgerin wird somit das Ziel erreicht ohne unnötige Umwege an den richtigen Ansprechpartner zu gelangen und die notwendige Leistung zu erhalten.
- Darüber hinaus bestehen institutionalisierte regionale Vernetzungsstrukturen, die insbesondere durch einen regelmäßigen Austausch der Einrichtungen und durch wechselseitige Absprachen die gemeinsame Arbeit für die Bürgerinnen

und Bürger erleichtern. Zu nennen sind hier die regionalen Arbeitsgemeinschaften Altenhilfe (öAG) und die REGSAM-Strukturen.

- Außerhalb dieser institutionellen Vernetzung bestehen zahlreiche weitere sog. informelle Netzwerke (bilaterale Kooperationen, Einzelabsprachen, Verträge zwischen Dienstleistern etc.) die das Bild der Vernetzung abrunden.

Die Ausgestaltung von Vernetzungsstrukturen folgt immer regionalen oder einrichtungsspezifischen Besonderheiten.

Workshop 1:

Trägerschaften, Organisationsformen, Finanzierung für nachbarschaftliche Infrastruktur im Quartier

Friedemann Distler, Vorstand Wohnungsgenossenschaft München West e.G. und Verena Lindacher, Sozialpädagogin, Generationengerechtes Wohnen e.V.

Joachim Boll, startklar gmbH, Dortmund

Moderation: Thomas Hartmann, Urbanes Wohnen e.V., München

Im Workshop 2 wurde der Frage nachgegangen, welche Trägerschaften (.d.h. rechtlicher und organisatorischer Rahmen) und welche Finanzierungsmöglichkeiten es für Initiativen gibt, die nachbarschaftliche Aufgaben auf sozialem und kulturellem Gebiete übernehmen wollen und dabei die öffentliche Hand nicht dauerhaft belasten wollen. Hierzu wurden zwei Beispiele vorgestellt:

1. Vorstellung des Vereins Generationengerechtes Wohnen mit der Wohnungsgenossenschaft München-West durch Herrn Distler und Frau Lindacher

Im Jahre 2004 hat sich innerhalb der größten Münchner Genossenschaft der Verein „Generationengerechtes Wohnen e.V.“ gegründet. Die Ziele des Vereins sind:

- Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien
- Förderung der Völkerverständigung und Toleranz verschiedener Kulturen
- Unterstützung in Notlagen
- Förderung generationenübergreifender Aktivitäten
- Förderung und Unterstützung von Senioren.

Die **Finanzierung des Vereins** erfolgt fast ausschließlich aus den Mittel der Wohnungsgenossenschaft München West. Diese sieht die Unterstützung des Vereins als eine genossenschaftliche Aufgabe und als Serviceleistung für ihre Mitglieder. Im Verein organisiert ein kleines professionelles Team Aktivitäten in folgenden Bereichen:

- Beratung und Vermittlung von verschiedenen Diensten
- Angehörigenbetreuung, Krisenintervention
- barrierefreie Wohnraumanpassung
- Bereitstellung/Einrichtung von Räumlichkeiten durch die Genossenschaft
- Ehrenamtlichenbörse, Aufbau von Interessengruppen
- Programm für Kinder und Jugendliche
- Einzelveranstaltungen, Hoffeste.

Als **Rechtsform** wurde der Verein gewählt. Trotzdem gibt es eine enge Kooperation zwischen den Organen der Genossenschaft und dem Vorstand des Vereins. Die Genossenschaft stellt sowohl Räume zur Verfügung als auch eine finanzielle Reserve, falls die Mittel des Vereins aufgebraucht sind.

In naher Zukunft sollen die Angebote erweitert werden, so dass der Verein auch in weiteren Bereichen tätig werden kann. Geplant sind: Betreutes Wohnen mit Service, Betreutes Wohnen daheim, Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, Ehrenamtlichenbetreuung.

2. Vorstellung von bürgerschaftlich initiierten Projekte aus NRW von Jochim Boll³

In NRW gibt es das Programm „Initiative ergreifen“⁴. Es unterstützt Initiativen, bei der Gründung und Umsetzung von bürgerschaftlich getragenen dauerhaften Projekten.

Beispiel 1: Marienschule in Castrop-Rauxel Umnutzung eines nicht mehr genutzten denkmalgeschützten Schulgebäudes in ein Vereins-, Kinder- und Bürgerzentrum

Hierzu wurde ein neuer Verein gegründet, der die Trägerschaft übernahm. Er hat sowohl die bauliche als auch die betriebliche Verantwortung inne.

Eigentümerin ist weiterhin die Stadt, Bauherr und Betreiber ist der Stadtteilverein. Der Umbau und die Innenausstattung wurden durch das Programm „Initiative ergreifen“ gefördert. Der erforderliche Eigenanteil für den Erhalt der Förderung wurde vom Trägerverein durch hohe Selbsthilfe bei den baulichen Leistungen erbracht. Die Initiatoren sind Menschen aus dem Stadtteil – jung gebliebene ältere Menschen und unternehmerische Jüngere.

Beispiel 2: Stadtteilzentrum HELL-GA in Düsseldorf Garath Umnutzung eines Gemeindezentrum der evangelischen Kirche zum Stadtteilzentrum

Als die Schließung des Gemeindezentrums drohte, gründete sich eine Fraueninitiative, die in den Räumlichkeiten provisorisch ein Mütterzentrum eröffnete. Diese Initiative ist nun Mieterin des ehemaligen Gemeindezentrums, welches jetzt zum sozialen Stadtteil- und Familienzentrum umgebaut wird.

Fazit des 1. Workshops:

Aus den Vorträgen und der Diskussion wurden die wichtigsten Punkte für die Realisierung von bürgerschaftlichen Trägerschaften deutlich:

- Belastbare Gruppen mit einer lokal verankerten Projektidee
- Partnerschaftliche Umfeld, d.h. Unterstützung in der Nachbarschaft und Politik
- Qualifizierung der Beteiligten und professionelle Begleitung von der Projekt-konzeption bis hin zum Betrieb
- Mindestens 20% Eigenkapital der Initiative, das auch in Form von z.B. bau-lichen Eigenleistungen eingebracht werden kann
- Verwaltungsleistungen und Vorstandstätigkeiten müssen ehrenamtlich erbracht werden. Diese Aufbauarbeit kann nicht bezahlt und kann auch nicht auf das Eigenkapital angerechnet werden
- Die wirtschaftliche Belastung aus der Anfangsinvestition muss abgepuffert werden (durch Förderung oder Stiftung), damit diese den Betrieb nicht durch hohe monatliche Belastungen gefährden
- Rollentrennung bei Immobilien zwischen Eigentümern und Nutzern.

³ Die Präsentation von Joachim Boll ist unter www.urbanes-wohnen.de/fachtag eingestellt.

⁴ Die Beschreibung des Programms „Initiative ergreifen“ finden Sie auf S. 19 f.

Workshop 2: Altersgerechte Wohnungen sowie ergänzende soziale Hilfs- und Betreuungskonzepte im Bestand

Karin Stemmer, Leiterin Bestandsmanagement, Vereinigte Wohnstätten 1889 e.G, Kassel

Robert Zengler, Abteilungsleitung Bauvorbereitung, GEWOFAG, München

Moderation: Heike Skok, Urbanes Wohnen e.V., München

Im Zentrum des Workshops 2 stand die Frage nach den Konzepten, die Wohnungsunternehmen bereits umsetzen oder momentan entwickeln, um auf die Anforderungen einer älter werdenden Mieterschaft angemessen zu reagieren.

Genossenschaften aber auch kommunale Gesellschaften haben Bestände, die bis zu 100 Jahre alt sind. Die Ausstattung vieler Wohnanlagen und Wohnungen ist noch nicht auf eine ältere und weniger mobile Bewohnerschaft ausgerichtet. Dieses Problem ist baulich zu lösen, wobei die Lösungen nicht immer einfach und kostengünstig zu realisieren sind.

Wohnungsunternehmen haben vielfältige Motive, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Und es ist nicht zuletzt auch ein wirtschaftlicher Faktor, die alten Mieter/innen so lange wie möglich zu halten. Diese zahlen i.d.R. zuverlässig ihre Mieten, verursachen selten Konflikte und tragen auch zur Leerstandsvermeidung bei.

In diesem Workshop stellten sich zwei Wohnungsunternehmen mit ihren Konzepten vor.

1. Gemeinnützige Wohnungsfürsorge AG, GEWOFAG München

Herr Zengler, Abteilungsleiter für Bauvorbereitung der GEWOFAG berichtete zuerst über die Herangehensweise bei der Bestandssanierung. Hier bemüht sich die GEWOFAG Zug um Zug um eine altengerechte Wohnungsanpassung u.a. durch eine Vergrößerung der Bäder, die freie Zugänglichkeit der Fenster und den Anbau von Balkonen. Z.T. bekommen die Sockelgeschosswohnungen durch Erdaufschüttungen einen barrierefreien Zugang zum Garten. Auch die Nachrüstung mit Aufzügen sei, soweit möglich, Bestandteil des Konzepts. Es könne nicht jedes Wohngebäude barrierefrei saniert werden, Ziel sei es aber, den Verbleib älterer Mieter/innen in ihrem gewohnten Quartier zu ermöglichen, u.a. auch durch Nachverdichtung der großzügigen Wohnanlagen mit barrierefreien Neubauten. Zudem wurde eine Psychologin mit einer Bedarfsanalyse und der Entwicklung von Konzeptbausteinen für die Versorgung älterer Mieter/innen beauftragt.

Im Neubau werden weitergehende Strategien durch die Kooperation mit dem Verein für Selbstbestimmtes Leben e.V. (VSL), erprobt. Dieser Verein hat ca. 140 Mitglieder. Sein Ziel ist die Errichtung neuer Wohnformen in familienähnlichen Haus- und Wohngemeinschaften. Die Vereinsmitglieder verpflichten sich zu gegenseitiger Hilfeleistung. Die GEWOFAG hat 1998/2000 einen öffentlich geförderten Geschosswohnungsbau mit 16 Wohnungen (1 – 4 Zimmer) in München-Allach errichtet, der von Vereinsmitgliedern bezogen wurde. Im Keller befindet sich ein Gemeinschaftsraum mit Küche und WC für Versammlungen und

Geselligkeiten. Herr Zengler erläuterte das bauliche Konzept anhand der Grundrisse des Gebäudes. Die Belegung erfolgte in Abstimmung mit dem Wohnungsamt. 2004/2005 bezogen sechs weitere Vereinsmitglieder Wohnungen in einem Neubau der GEWOFAG in der Messestadt Riem. Weitere Kooperationen sind geplant. Von der Kooperation mit dem VSL erhofft man sich eine langfristige Mieterbindung und eine Ausstrahlung des Vereins und seiner Aktivitäten auf die übrigen Miethaushalte in den Beständen.

2. Vereinigte Wohnstätten 1889 e.G. in Kassel.⁵

Frau Stemmer, Leiterin Bestandsmanagement, präsentierte das „Lebenslaufwohnen“, das die Genossenschaft als Leitmotiv für die Bestandsentwicklung und –verwaltung gewählt hat. Das Konzept soll alle Generationen berücksichtigen und ansprechen.

Die Bestandsanpassung erfolgt bei der Vereinigte Wohnstätten 1889 e.G. individuell nach Bedarf, häufig wohnungsweise, in enger Abstimmung mit den betroffenen Mieter/innen.

Das Fundament auf dem das umfassende soziale Hilfs- und Betreuungskonzept basiert, ist der Nachbarschaftshilfeverein Hand in Hand e.V., der aktuell über 500 Mitglieder zählt und im Jahr 2005 fast 1200 Veranstaltungen angeboten hat. Die rund 100 ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen werden von drei Sozialarbeiterinnen unterstützt.

Diskussionspunkte

Handlungsspielräume und –grenzen bei öffentlich geförderten Bauvorhaben

Die Vorgaben und Bindungen der öffentlichen Förderung haben deutlich steuernden Charakter. Das betrifft zum einen die baulich-räumliche Gestaltung eines Gebäudes. Gemeinschaftsräume können nicht mit Fördermitteln finanziert werden. Sie werden deshalb auf Nebenflächen (Keller) mit geringerer Aufenthaltsqualität ausgewiesen. Zum anderen ist die Zusammenstellung einer Hausgemeinschaft (Wohnungsbelegung) abhängig von der Zustimmung des Wohnungsamtes. Um mehr Steuerungsmöglichkeiten in Bezug auf die Durchmischung der Hausgemeinschaften zu bekommen, hat die Vereinigte Wohnstätten 1889 eG beschlossen, von der Inanspruchnahme öffentlicher Fördermittel Abstand zu nehmen. Der Anteil der geförderten Wohnungen im Bestand beträgt nur noch ca. 20%.

Voraussetzungen und Strategien für eine erfolgreiche Vereinsgründung und für die Herstellung von Verbindlichkeit in der Nachbarschaftshilfe

Die Identifizierung und das gezielte Ansprechen von Kernpersonen als Initiatoren und Multiplikatoren ist eine erste Voraussetzung. Bei den Vereinigten Wohnstätten 1889 e.G. übernahmen einige Aufsichtsratsmitglieder diese Rolle und warben zusätzlich weitere Mitmacher/innen. Eine wichtige unterstützende und koordinierende Funktion nahmen und nehmen aber auch die Sozialarbeiterinnen ein. Die

⁵ Eine Zusammenfassung des Konzepts der Vereinigten Wohnstätten 1889 eG ist herunterladbar auf der homepage www.urbanes-wohnen.de

unterschiedlichen Rollen der Ehrenamtlichen und der Profis müssen deutlich herausgearbeitet werden.

Der Vorteil solcher Nachbarschaftshilfestrukturen liegt für das Unternehmen u.a. darin, dass über Ehrenamtliche und nachbarschaftliche Netze der Zugang zu Wohnungen und der Kontakt zu den Mieter/innen erleichtert wird. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um soziale Lagen kennen zu lernen und für Unterstützung bzw. Interventionen.

Fazit des Workshop 2:

- Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung von Konzepten altersgerechter Bestandsentwicklung und der Etablierung sozialer Hilfs- und Betreuungskonzepte ist eine eindeutige Unternehmensentscheidung, sich in diese Richtung entwickeln zu wollen. Dies zieht die Förderung einer entsprechenden Unternehmenskultur nach sich, z.B. durch Schulungen der Mitarbeiter/innen. „Sie müssen lernen mit einer älteren Dame umzugehen, die in Nachthemd und Puschen plötzlich am Empfang auftaucht“.
- Soziale Hilfs- und Betreuungskonzepte können sowohl in Kooperation mit bestehenden Vereinen (GEWOFAG/VSL), als auch durch die Gründung von Vereinen aus den Reihen der eigenen Mieter- bzw. Mitgliedschaft (Vereinigte Wohnstätten 1889 eG) entwickelt und realisiert werden.
- Verbindliches Ehrenamt im Bereich der Nachbarschaftshilfe braucht (finanzielle) Anerkennung.

Workshop 3: Soziale Netzwerke im Quartier. Organisation der Netzwerke und Voraussetzungen für eine dauerhafte Struktur

Josef, Martin, Seniorengenossenschaft Riedlingen

Anja Huber, Quartierbezogene Bewohnerarbeit, Sozialreferat München

Moderation: Helga Jäger, Urbanes Wohnen e.V., München

Ziel von Workshop 3 war es, Beispiele vorzustellen, wie soziale Netzwerke im Quartier organisiert werden und wie diese dauerhaft funktionieren können.

Hierzu wurden zwei Beispiele vorgestellt:

1. Quartierbezogene Bewohnerarbeit des Sozialreferates der Stadt München⁶

In eigens dafür geschaffenen Räumlichkeiten, in denen sich die Mieter/innen einer Siedlung/eines Quartiers begegnen können, soll das Entstehen von Nachbarschaft gestärkt und gefördert werden. Diese Gemeinschaftsräume sollen für Bewohner/innen zur Freizeitnutzung, Gruppenarbeit, geselligen Zusammenkünften, Veranstaltungen etc. genutzt werden. Gemeinschaftsräume sollen nach anfänglicher Begleitung durch eine Fachkraft selbstverwaltet organisiert werden und den Bewohner/innen langfristig zur Verfügung stehen. Die Bewohnertreffs sollen zur Prävention und Stärkung der Eigenkräfte im Stadtteil beitragen, ebenso die Integration und Identifikation der jungen und erwachsenen Mieter/innen fördern sowie die Stärkung der Hausgemeinschaften und das Entstehen von tragfähigen Nachbarschaften bewirken.

2. Projekte der Quartierbezogener Bewohnerarbeit

Die Projekte unterteilen sich in solche, die in Neubaugebieten in Public-Private-Partnership mit Wohnungsbauträgern installiert werden und in solche, die in bestehenden Quartieren eingerichtet werden, da z.B. von der Fachbasis und anderen Akteuren aus dem Quartier der Bedarf gemeldet wird.

Aufgaben der Fachkräfte, die für eine befristete Zeit die Projekte begleiten sind:

- Bewohneraktivierung – Bewohnerbeteiligung – Förderung von Selbstorganisation
- Informationen zu lokalen Planungen, Aktivitäten, Maßnahmen und Bedarfen sammeln und Bewohner/innen, Fachdiensten u.a. zur Verfügung zu stellen
- Konfliktmanagement durch vertrauensbildende Maßnahmen, aufsuchende Sozialarbeit, Hausversammlungen etc.
- Vermittlung in geeignete Dienste und soziokulturelle Einrichtungen im Stadtteil
- Quartierbezogene Vernetzung
- Öffentlichkeitsarbeit.

⁶ Das vollständige Manuskript zur Quartierbezogenen Bewohnerarbeit mit Projektbeispielen finden Sie zum Herunterladen unter www.urbanes-wohnen.de/fachtag.

a) Projekte in Public-Private-Partnership in Neubaugebieten

In Public-Private-Partnership-Verträgen wird festgelegt, dass die Wohnungsunternehmen die Kosten für den Bau, die Ausstattung und den Betrieb von Räumlichkeiten für die quartierbezogene Bewohnerarbeit übernehmen. Momentan gilt als Richtwert für die Größe von Wohnertreffs 0,5 qm pro Wohneinheit pro Sozialwohnung. Ab dem zweiten Vertragsjahr stellt das Wohnungsunternehmen die Beteiligung an eingesetzten Honorarkräften für dann bereits aktivierte Projekte in zu verhandelnder Höhe in Aussicht. Langfristig steht die Einrichtung dem Wohnungsunternehmen bzw. den Bewohner/innen und dem aktivierten Bewohnerverein bzw. der Bewohnergruppe zur Verfügung. Im Gegenzug übernimmt das Sozialreferat für einen vertraglich vereinbarten Zeitraum – in der Regel zwei bis drei Jahre – die Finanzierung eines Anschubprojektes (Personal-, Verwaltungs- und Sachkosten). Die Stadt beauftragt dazu Projektträger und schließt mit ihnen Leistungsvereinbarungen ab.

b) Projekte in Bestandsgebieten

In diesem Bereich gibt es einerseits die GWA⁷-Projekte in städtischen Notunterkunftsanlagen. Andererseits wird in bestehenden Sozialwohnungsgebieten ein Wohnertreff dann eingerichtet, wenn der Bedarf einer solchen Maßnahme z.B. von der sozialen Fachbasis vor Ort, von REGSAM, dem Bezirksausschuss und/oder der Sozialplanung gemeldet wird. Wenn der Bedarf vom Sozialreferat anerkannt ist, wird ein entsprechender Beschluss für den Stadtrat vorbereitet, ein Träger gesucht (ggf. mit Ausschreibungsverfahren) und geeignete Räume akquiriert.

Der Aufgabenschwerpunkt in solchen Projekten liegt in der Regel vor allem in einer nachhaltigen Reaktivierung der Teilhabe der Bewohner/innen am gesellschaftlichen Leben im Wohnumfeld, im Stadtteil und in der Gesamtstadt sowie in der (Wieder-)Belebung einer positiven Zukunftsperspektive. Durch die Ballung von Haushalten mit multiplen Problemen in diesen alten Wohngebieten ist auch die sozialverträgliche Belegung von Sozialwohnungen in Kooperation mit dem Amt für Wohnen und Migration, Wohnbaugesellschaften, Projektträger(inne)n und den derzeitigen Bewohner/innen von großer Bedeutung. Durch das Angebot von Treff- und Austauschmöglichkeiten soll Einsamkeit, Isolation und Resignation in der Bevölkerung entgegengewirkt werden.

c) Raummanagement-Service

Die Räume, die von Anfang an von verschiedenen Nutzergruppen selbst verwaltet wurden sowie Projekte, die erst nach einer mehrjährigen Anschubphase mit Unterstützung durch sozialpädagogisches Fachpersonal in die Selbstorganisation übergegangen sind, können seit 1. Juni 2005 durch den Raummanagement-Service unterstützt werden. Dadurch ist z.B. die Zuständigkeit bei Mietvertragsfragen, Reparaturen, Abwicklung von Honorarverträgen, Abwicklung der Zuschussanträge, Abrechnung der Finanzen, Ansprechbarkeit bei Fragen und Problemen, Moderation von Konflikten zwischen den Nutzenden und vielem mehr verbindlich geregelt.

⁷ GWA = Gemeinwesenarbeit

2. Soziales Netzwerk im Verwaltungsraum Riedlingen und Seniorengenossenschaft⁸

Riedlingen ist Sitz einer Verwaltungsgemeinschaft, in deren Einzugsbereich 25.000 Menschen leben mit zahlreichen sozialen Einrichtungen. Um dem hohen Abstimmungsbedarf untereinander gerecht zu werden und durch gemeinsames Vorgehen mehr entwickeln und bewegen zu können, ergriff vor ungefähr sechs Jahren die bürgerschaftliche Organisation „Seniorengenossenschaft Riedlingen“ die Initiative und realisierte eine engere Vernetzung aller sozialen Einrichtungen. Ziel des Netzwerks ist es, für alle im sozialen Umfeld wichtigen Bereiche ein Angebot zu haben oder zu entwickeln und die Angebote zu optimieren. Durch das Schaffen von Netzwerken sollen Marktmechanismen nicht außer Kraft gesetzt werden. Es geht aber darum, negative und nachteilige Auswirkungen möglichst zu vermeiden. Dies wird in Zukunft sicher im sozialen Bereich noch deutlich größere Bedeutung erlangen, weil insbesondere die finanziellen Ressourcen begrenzt sind.

Erfahrungen und gemeinsame Aktivitäten

Eine wichtige Erfahrung war, dass es notwendig ist, mit ersten Schritten zu beginnen, auch wenn nur ein Teil der Einrichtungen an einer Vernetzung interessiert ist. Vernetzung lässt sich nicht verordnen, sie muss sich selbst entwickeln und sie muss auch von unten nach oben wachsen. Vernetzung gelingt umso eher, je verschiedenartiger die Arbeitsgebiete der einzelnen Partner sind. Für jeden Partner muss ein Nutzen erkennbar sein. Die erste gemeinsame Maßnahme war ein Infoblatt, in dem das Dienstleistungsangebot und die am Netzwerk beteiligten Einrichtungen dargestellt wurden.

Bei der praktischen Arbeit stehen im Wesentlichen vier Arbeitsbereiche im Vordergrund:

- Eine Verbesserung der Information untereinander. Dies wird erreicht über regelmäßige Treffen mit Erfahrungsaustausch.
- Politische Einflussnahme auf kommunaler Ebene, um die Anpassung von politischen Rahmenbedingungen zu erwirken.
- Die Bürger über die vorhandenen Angebote gut und möglichst neutral zu informieren.
- Die Planung sowie die Durchführung gemeinsamer Vorhaben, die für eine Einrichtung allein nicht oder nur schwerer leistbar wären, wie z.B. Angebote für Menschen, die zu Hause gepflegt werden (Anregungs- und Bewegungsgruppe, Demenzgruppe) zu entwickeln.

Bürgerschaftliches Engagement als wichtiges Element – die Seniorengenossenschaft Riedlingen.

Bei der Schaffung von Versorgungsstrukturen ist wichtig, dass die Angebote für die Menschen auch bezahlbar sind. Eine stärkere bürgerschaftliche Beteiligung in den sozialen Netzwerken ist daher unabdingbar. Allerdings darf nicht davon ausgegangen werden, dass bürgerschaftliche Mitwirkung ehrenamtlich, also

⁸ Ausführliche Informationen zur Seniorengenossenschaft Riedlingen (Aufgabenfelder, Entgeltsystem, Grafik des Sozialen Netzwerkes und das ausführliche Manuskript des Referenten Herrn Martin) finden Sie unter www.urbanes-wohnen.de/fachtag zum Herunterladen.

kostenlos zu erreichen ist. Ein erfolgreicher Lösungsweg ist das Beispiel der Seniorengenossenschaft Riedlingen, die von den Bürgern eigenständig organisiert und geführt ist. Sie wurde 1991 als e.V. gegründet und ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Bürger und Bürgerinnen. Ihr Leitspruch ist: Wir organisieren Hilfe für Ältere und nutzen dabei gleichzeitig das Potential älterer Menschen. Sie bietet diesen Menschen ein interessantes Betätigungsfeld und gleichzeitig die Möglichkeit, einer zusätzlichen Vorsorge für das Alter.

Diskussionspunkte

Punkte, die im Anschluss an die Referate u.a. nachgefragt und näher ausgeführt wurden:

- Versicherung der Ehrenamtlichen Helfer in der Genossenschaft Riedlingen
- Umfang der ehrenamtlichen Tätigkeit des Vorsitzenden
- Belegung der Wohnanlage der Genossenschaft Riedlingen
- Verfahren und Voraussetzungen bei der Vermietung über die Genossenschaft im Auftrag der Eigentümer
- Fragen zur Rechtsform (Die Seniorengenossenschaft ist ein eingetragener Verein)
- Alter und Mitgliedsbeitrag der Ehrenamtlichen (Alter ab 45 Jahren, Mitgliedsbeitrag 32 Euro/Jahr)

Fazit des Workshop 3:

- Übertragbarkeit des Modells Seniorengenossenschaft auf städt. Verhältnisse ist durchaus denkbar auf Stadtteilebene, sofern Defizite in der Versorgungsstruktur bestehen.
- In München bestehen viele Parallelstrukturen. Die Frage ist, wie die Infos stadtteilbezogen zu den Bürger/-innen transportiert werden.
- Eine wichtige Rolle für Seniorinnen und Senioren zu Hause spielt die Sicherheit. Hier wird Beratung und Information zu seriösen Dienstleistungsanbietern gewünscht. Wer könnte dies leisten?
- Informationen zu seniorenspezifischen Angeboten und Dienstleistungen im Stadtteil müssen in die Wohnungen gebracht werden, z.B. über Stadtteilzeitungen, Handzettel, Infoaushänge in Geschäften etc.
- Die stadtteilbezogene Vernetzung des Ehrenamtes und die Koordination der Freiwilligen auf Stadtteilebene sollte gefördert werden (nicht nur trägerbezogen in ASZ, Kirchen, Pflegediensten etc.). Wünschenswert wäre eine Anbindung eines solchen Freiwilligenzentrums im jeweiligen Sozialbürgerhaus.
- Die Erfahrungen von Frau Huber und Herrn Martin zeigen, dass eine ausreichende und nachhaltige Versorgung nicht allein durch ehrenamtliche Lösungen gesichert werden kann. Damit ein Angebot erfolgreich und zuverlässig sein kann, ist ein Entgeltsystem bzw. eine Aufwandentschädigung plus Anerkennung plus eine langfristige Verbindlichkeit notwendig.

Kurzreferat

„Initiative ergreifen – ein Konzept zur Unterstützung von sich selbst tragenden Initiativen“

Joachim Boll: startklar gmbH, Dortmund

Das Programm „Initiative ergreifen“ ist ein Förderprogramm, das seit 1996 in Nordrhein-Westfalen besteht und vom Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport (MSWKS) aufgelegt wird. Seit 1996 wurde die Realisierung von ca. 50 Projekten, wie z.B. Entstehung von Kultur- und Bürgerzentren und kulturwirtschaftliche Existenzgründungen gefördert. Weitere 10 Projekte sind aktuell in Vorbereitung.

Das Programm fördert sowohl

- das bürgerschaftliche Engagement, indem bürgerschaftliche Gruppen die konkrete Verantwortung für Infrastruktur- und Stadtteileinrichtungen übernehmen als auch
- die Stadtteilerneuerung, indem nur Projekte unterstützt werden, die einen unmittelbaren Bezug zur Strukturpolitik, Stadtentwicklungspolitik und sozialen Stadtteilentwicklung aufweisen.

Bei der Förderung handelt es sich nicht um eine Regelförderung, sondern um einen landesweiten Wettbewerb um die Fördermittel, die dann an belastbare Projekte gehen.

Finanzielle Zuschüsse gibt es sowohl für bauliche Investitionen als auch für die Ausstattung des Projekts. Zusätzlich wird der betriebliche Aufbau unterstützt. Die Förderung stellt eine Kombination zwischen Investitionskosten- und Anschubförderung dar. Es handelt sich nicht um eine Personalkostenförderung, sondern um eine Förderung, die den bürgerschaftlich initiierten Projekten eine betriebliche und unternehmerische Perspektive gibt.

Der Zuschuss kann bis maximal 80% der Gesamtkosten betragen. Die Zweckbindung ist auf 8-15 Jahre festgelegt. Der Eigenanteil des Projektträgers liegt bei 20% und wird meist durch Spendenkampagnen und/oder bauliche Selbsthilfe aufgebracht. Die Eigenleistungen müssen gegenüber dem MSWKS nachgewiesen werden.

Damit bürgerschaftliche Initiativen derartige Projekte zum Erfolg führen können, müssen Sie unterstützt werden. Die Schrittfolge hierbei ist:

- Akquisition des Projekts
- Qualifizierung des Projekts für die Förderung
- Förderempfehlung durch den Beirat, der sich aus Personen zusammensetzt, die bereits Erfahrung mit solchen Projekten haben. Der Beirat berät Projektkonzepte und spricht Förderempfehlungen an den Geldgeber aus. Voraussetzungen für die Förderempfehlung sind:
 - Projektprofil und Nutzungskonzept
 - Entwurfsplanung und Kostenschätzung/-berechnung
 - Träger- und Organisationskonzept
 - Betriebskonzept mit Jahreswirtschaftsplänen

- Nachweis Eigenanteile
 - Kooperationsbereitschaft mit der Kommune und den örtlichen Netzwerken.
- Förderantragsverfahren
 - Beratung und Begleitung im Bauprozess und im betrieblichen Aufbau in den ersten drei Jahren durch die startklar gmbH, Dortmund.

Zentrale Förderkriterien sind:

- starke bürgerschaftliche Initiativen
- Ehrenamt in Kombination mit Professionalität
- Gemeinsinn und Stadterneuerung
- Unternehmertum und belastbare längerfristige Betriebskonzepte
- Projekte mit Signalcharakter, die nicht nur städtebaulich sondern auch baulich Signalwirkung haben (z.B. altes Schwimmbad, ehemalige Schule etc.).

Projektbeispiele (siehe auch unter Workshop 1)

Errichtung eines Bürger- und Kulturzentrums mit Gastronomie in einem alten, denkmalgeschütztem Industriegebäude, der Rohrmeisterei in Schwerte. Diese stand lange Zeit leer und war ungenutzt. Das Gebäude am Stadtrand wurde von einer Bürgerstiftung übernommen und zu einem Bürger- und Kulturzentrum mit Gastronomie umgebaut. Träger und Betreiber dieses Zentrums ist die speziell für dieses Projekt gegründete Bürgerstiftung.

Das Programm ist ein Experimentierprogramm. Es gibt keine Eingrenzung auf bestimmte Projekttypen. Auch sind die gewonnenen Erfahrungen nicht rezeptbuchmäßig auf andere Standorte und Projekte anzuwenden. Jedes Projekt ist ein Unikat.

Diese Strategie hat gezeigt, dass starke Projektinitiativen aus der Bürgerschaft heraus organisiert werden können – d.h. nicht, dass sie entstehen müssen. Hierdurch wird nicht kommunales Handeln oder das Handeln und die Verantwortung anderer ersetzt. Aber es ist eine wichtige Ergänzung und eine Strategie, die geübt werden kann, um mittel- und langfristig bestimmte Infrastrukturen auf die Beine zu stellen, vor allem wenn – wie z.B. in NRW die Kommunen keine Gelder für derartige Infrastrukturerweiterungen zur Verfügung stellen können.

Die Tagungsdokumentation ist zu beziehen über:

Landeshauptstadt München
Amt für Soziale Sicherung, Hilfen im Alter bei Pflege und Beratung
S-I-APB 4
Orleansplatz 11
81667 München
Tel: 089/ 233 48 351 oder 48 352
Fax: 089/ 233 48 378
E-Mail: altenhilfe.soz@muenchen.de

Außerdem steht sie auf der homepage www.urbanes-wohnen.de als pdf-Dokument zum kostenlosen Herunterladen bereit.

Tagungsorganisation:

Gerlinde Gottlieb
Verein Urbanes Wohnen e.V.
Halskestraße 19
80636 München
Tel. 089/784 93 44
E-Mail: gerlinde.gottlieb@urbanes-wohnen.de
www.urbanes-wohnen.de